

Antrag

der Abgeordneten Agnes Malczak, Omid Nouripour, Katja Keul, Tom Koenigs, Ulrike Höfken, Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), Viola von Cramon-Taubadel, Thilo Hoppe, Uwe Kekeritz, Ute Koczy, Jerzy Montag, Kerstin Müller (Köln), Tabea Rößner, Claudia Roth (Augsburg), Manuel Sarrazin, Dr. Frithjof Schmidt, Hans-Christian Ströbele, Josef Philip Winkler und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Deutschland atomwaffenfrei – Bei der Abrüstung der Atomwaffen vorangehen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Es besteht die Chance auf einen internationalen Abrüstungsprozess. Die Verleihung des Friedensnobelpreises an den US-Präsidenten Barack Obama und seine Worte bei der historischen Rede in Prag sind Zeichen für einen Paradigmenwechsel. Der Präsident der größten Atommacht der Welt unterstützt die Vision einer atomwaffenfreien Welt und ist bereit konkrete Schritte zur Reduzierung seines Atomwaffenarsenals einzuleiten. Diese Chance muss genutzt werden. Entweder es gelingt, die Logik der nuklearen Abschreckung zu überwinden und die nukleare Abrüstung wiederzubeleben, oder wir laufen Gefahr, dass die Weiterverbreitung von Atomwaffen unumkehrbar und unkontrollierbar wird. Wir brauchen rasch sichtbare und praktische Schritte für eine atomwaffenfreie Zukunft in Deutschland, Europa und der Welt.

2. Nukleare Abrüstung und sicherheitspolitisches Umdenken beginnen zu Hause. Nur wer selbst bereit ist, ohne den Schutz von Atomwaffen zu leben, kann von anderen verlangen, dass sie dies auch tun. Deshalb muss die Bundesregierung den Weg für ein atomwaffenfreies Deutschland, ein Deutschland ohne nukleare Teilhabe und ohne Atomwaffen endlich frei machen.

Die Ankündigung im Koalitionsvertrag der Bundesregierung, dass die in Deutschland verbliebenen US-Atomwaffen noch in dieser Legislaturperiode abgezogen werden sollen, ist daher mit Leben zu füllen. Die Atomwaffen befinden sich auf dem einzigen Atomwaffenstandort in Deutschland, dem Fliegerhorst Büchel (Rheinland-Pfalz). Ein schnelles und unverzügliches Handeln ist hier erforderlich. Insbesondere da die USA eine Modernisierung ihrer Atomwaffen erwägt.

3. Die Stationierung von Atomwaffen in Deutschland ist ein Sicherheitsrisiko. Nach einem Untersuchungsbericht der US-Luftwaffe haben die Atomwaffenlager in Europa erhebliche Sicherheitsmängel. Eine weitere Inkaufnahme des Risikos, dass es zu einem terroristischen, technischen oder versehentlichen Atomwaffenzwischenfall in Deutschland kommt, ist unverantwortlich.

4. Mehr als 75 Prozent der Bundesbürger sprechen sich für einen Abzug der Atomwaffen aus Deutschland aus. Mit der Kampagne „unsere zukunft – atomwaffenfrei“ fordert ein Zusammenschluss von 50 unabhängigen Organisationen einen wegweisenden Beitrag Deutschlands zu einer atomwaffenfreien Welt. Vom Deutschen Bundestag und der Bundesregierung werden nicht allgemeine Bekenntnisse, sondern konkrete Schritte in eine atomwaffenfreie Zukunft gefragt.

Der Deutsche Bundestag begrüßt und unterstützt die in der 15. Legislaturperiode getroffene Entscheidung der damaligen Bundesregierung, keine neuen nuklearwaffenfähigen Trägersysteme zu beschaffen und damit die aktive nukleare Teilhabe perspektivisch zu beenden. Der Deutsche Bundestag sieht in einem schnellstmöglichen Ausstieg der Bundeswehr aus der aktiven nuklearen Teilhabe einen wichtigen Beitrag, um

- den vollständigen Abzug der Atomwaffen aus Deutschland und Europa zu ermöglichen,
- mittels dieser vertrauensbildenden Vorleistung eine Wiederbelebung der Verhandlungen zur überprüfbaren Vernichtung und Begrenzung aller strategischer Atomwaffen zu befördern,
- innerhalb der NATO und auf eine Änderung der Nuklearstrategie des Bündnisses in die Wege zu leiten,
- gegenüber anderen Nichtkernwaffenstaaten mit größerer Glaubwürdigkeit für einen Verzicht auf Nuklearwaffen werben zu können,
- Impulse zur weiteren nuklearen Abrüstung, vor allem für eine erfolgreiche Überprüfungskonferenz 2010 – zum Nichtweiterverbreitungsvertrag zu geben,
- Risiken eines terroristischen, technischen oder versehentlich verursachten Atomwaffenzwischenfalls in Deutschland zu beseitigen,
- den erheblichen Aufwand und die signifikanten Kosten im Zusammenhang mit der aktiven nuklearen Teilhabe zu sparen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Bereitstellung von Bundeswehripiloten und Jagdbombern zum Atomwaffeneinsatz unverzüglich einzustellen und die Bundeswehr schnellstmöglich und ersatzlos von der Aufgabe der aktiven nuklearen Teilhabe zu befreien,
2. sich gegenüber den USA und anderen Bündnispartnern in der NATO
 - für ein atomwaffenfreies Deutschland einzusetzen und den Weg für den Abzug der verbliebenen US-Atomwaffen frei zu machen,
 - für den sofortigen Abzug der Atomwaffen aus Büchel einzusetzen und hierüber unverzüglich Gespräche aufzunehmen,
 - für einen weiteren und vollständigen Abbau der US-amerikanischen Atomwaffen in Europa mit Nachdruck zu werben,
 - dafür einzusetzen, dass es im Zuge der Überarbeitung der NATO-Strategie zu einer raschen Entnuklearisierung und weiteren und nuklearen Abrüstung des Bündnisses kommt,
 - dafür einzusetzen, dass die Politik der nuklearen Abschreckung – u. a. durch den Verzicht auf die nukleare Ersteinsatzoption und die Drohung eines Atomwaffeneinsatzes gegen Nichtatomwaffenstaaten – überwunden wird,

3. sich im Vorfeld der NVV-Überprüfungskonferenz 2010 mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass es im Bereich der substrategischen und strategischen Atomwaffen – insbesondere von Seiten der USA und Russlands – zu überprüfbaren, weitreichenden und unumkehrbaren Abrüstungsschritten kommt, die in absehbarer Zeit zu einer atomwaffenfreien Zukunft führen,
4. sich an der Ausarbeitung einer Nuklearwaffenkonvention zur Ächtung der Atomwaffen konstruktiv zu beteiligen.

Berlin, den 2. Dezember 2009

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion

Begründung

1. Die Bundesregierung hat sich im Koalitionsvertrag zum Ziel der nuklearen Abrüstung bekannt. Dieses Versprechen muss in den kommenden Jahren durch aktive Beiträge Deutschlands in die Tat umgesetzt werden.

Während die Grünen vor 30 Jahren für ihre Forderung nach einer atomwaffenfreien Welt in Ost und West belächelt wurden, ist „Global Zero“ derzeit in aller Munde. Wenn jene, die die rot-grüne Bundesregierung 1998 noch dafür kritisiert haben, dass sie sich in der NATO für einen Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen einsetzte, ihre Position inzwischen korrigiert haben, dann ist das zu begrüßen. Die rot-grüne Bundesregierung hat 2005 im Umfeld der NVV-Überprüfungskonferenz ihre Bereitschaft erklärt, einen Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland zu befürworten. Die Regierung der großen Koalition hat 2006 im „Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“ ihr Festhalten an der nuklearen Teilhabe Deutschlands bekräftigt. Das war ein friedens- und abrüstungspolitischer Rückschritt. Sie begründete dies mit Bündnissolidarität, fairer Lastenteilung und der Notwendigkeit, an einer glaubwürdigen nuklearen Abschreckung festhalten zu müssen.

Mit dieser Haltung entwertete die damalige Bundesregierung ihre abrüstungspolitischen Bekenntnisse. Gleichzeitig behinderte sie mit einem Beharren auf der nuklearen Teilhabe und einer Stationierung von Atomwaffen in Deutschland, dass von Deutschland ein wichtiges abrüstungspolitisches Signal ausgeht. Mit der neuen US-Administration gibt es ungleich größere Chancen, bei der nuklearen Abrüstung deutliche Fortschritte zu machen. Deutschland muss in der Atomwaffenfrage abrüstungspolitischer Motor und nicht Bremser sein. Es gibt in Deutschland eine breite Mehrheit für ein atomwaffenfreies Deutschland und einseitige nukleare Abrüstungsschritte. Dies muss sich in der Politik der Regierungskoalition widerspiegeln.

2. Mit ihren aufsehenerregenden Beiträgen „A World Free of Nuclear Weapons“ (Wall Street Journal, 4. Januar 2007) und „Toward a Nuclear-Free World“ (Wall Street Journal, 15. Januar 2008) haben sich erfahrene außenpolitische Experten wie George Shultz, William Perry, Henry Kissinger und Sam Nunn von der nuklearen Abschreckungspolitik verabschiedet und dafür plädiert, praktische Schritt in eine atomwaffenfreie Zukunft zu gehen. Angesichts der Einsicht, dass wir an der Schwelle zu einem neuen Atomzeitalter stehen, in dem die Weiterverbreitung von Atomwaffen mit all ihren existenziellen Risiken – trotz diverser neuer Instrumente – kaum noch unter Kontrolle zu halten ist, sehen sie den einzigen vernünftigen Ausweg in der Beseitigung aller Atomwaffen.

Dies ist nicht nur eine späte Genugtuung für jene Menschen in Ost und West, die in Kirchenräumen, auf der Straße oder in Parlamenten seit Jahrzehnten vor

den verhängnisvollen Folgen der Logik der nuklearen Abschreckung gewarnt und für deren Abschaffung gestritten haben. Die Shultz-Gruppe (auch „Gang of 4“ genannt) hat die politische Diskussion und abrüstungspolitische Programmatik von US-Präsident Barack Obama nachhaltig beeinflusst. Die Vision einer atomwaffenfreien Welt und praktische Schritte zur nuklearen Abrüstung und effizienten nuklearen Nichtweiterverbreitung werden offiziell angekündigt. Dies ist eine große historische Chance, die im Vorfeld der NVV-Überprüfungskonferenz 2010 genutzt werden muss.

3. Bei der Wiederbelebung der nuklearen Abrüstung sind vor allem – aber nicht nur – die Atomwaffenstaaten gefragt. Die Logik der nuklearen Abschreckung ist nach wie vor Teil einer NATO-Strategie, die weder vor dem Ersteinsatz noch vor dem Einsatz gegen Nichtatomwaffenstaaten zurückschreckt, und die dringend geändert werden muss. Ein wesentlicher Baustein ist die Beendigung der nuklearen Teilhabe und der Abzug der US-Atomwaffen aus Mitteleuropa.
4. Fast 20 Jahre nach Ende des Kalten Krieges lagern immer noch US-amerikanische Atomwaffen in Deutschland und Europa. Der Untersuchungsbericht der US-Luftwaffe („Blue Ribbon Review of Nuclear Weapons Policies and Procedures“) vom Februar 2008 kommt zu dem Ergebnis, dass es in Deutschland und in den übrigen Stationierungsländern erhebliche Sicherheitsmängel gibt. Jede einzelne dieser Atomwaffen hat die Zerstörungskraft von mehreren Hiroshima-Bomben. Nähere Angaben werden geheim gehalten. Nachdem 2004/2005 die auf der US-Airbase in Ramstein gelagerten Atombomben – vermutlich dauerhaft – ausgeflogen wurden, ist der Fliegerhorst Büchel der einzige Atomwaffenstandort in Deutschland. Hier sollen sich noch ca. 20 Atombomben befinden. Diese Atomwaffen sollen im Ernstfall von der Bundeswehr eingesetzt werden. TORNADO-Piloten des Jagdbombergeschwaders 33 bereiten sich heute noch darauf vor.
5. Taktische oder substrategische Atomwaffen unterliegen bisher keiner überprüfbaren Abrüstungs- oder Rüstungskontrollverpflichtung. Ihre weitere Reduzierung und vollständige Beseitigung ist insbesondere vor dem Hintergrund der Gefahr, dass diese, zum Teil überalterten Waffen durch Diebstahl in falsche Hände gelangen könnten, von eminenter Bedeutung. Experten gehen davon aus, dass die USA etwa 500 substrategische Atomwaffen für einen kurzfristigen Einsatz bereithalten und weitere 800 in Reserve haben. Schätzungen zufolge hat Russland ca. 3 000 taktische Atomwaffen im Bestand.
6. In den USA gibt es seit geraumer Zeit Stimmen, die für eine völlige Abrüstung dieser Waffen plädieren. Andere wollen deren Modernisierung. Im Haushaltsjahr 2010 sollen mindestens 32,5 Mio. US-Dollar investiert werden, um zu untersuchen, wie atomare Fliegerbomben des Typs B61 modernisiert werden können. Waffen dieses Typs lagern im Rahmen der nuklearen Teilhabe der NATO auch in Büchel beim Jagdbombergeschwader 33 der Luftwaffe. Sollte die US-Regierung in ihrem Anfang 2010 fälligen Bericht zur Zukunftsplanung des US-Nuklearwaffenpotentials, dem Nuclear Posture Review, bestätigen, dass eine neue Bombe erforderlich ist, sollen weitere 15 Mio. US-Dollar verfügbar werden. Wenn zunächst auch nur die Möglichkeit zur Modernisierung der nichtnuklearen Komponenten untersucht wird, wie zum Beispiel eine Erneuerung der Waffenelektronik, stehen auch Entscheidungen über eine eventuelle Modernisierung der nuklearen Komponenten an. Die US-Abgeordneten werden sich vor Untersuchungen diesbezüglich erneut mit diesem Vorhaben befassen. Deshalb muss die Bundesregierung hier unverzüglich handeln und die Vereinbarung des Koalitionsvertrages, die Lagerung aller Atomwaffen in Deutschland zu beenden, zügig umsetzen.